

Antrag Nr. 1

der Liste Kommunistische Gewerkschaftsinitiative International [KOMintern]
an die 173. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien am 12.11. 2019

Aktiv werden für Freiheit und Solidarität – # Free Mülkiye!

Nach der Willküranklage gegen Max Zirngast, der mittlerweile wieder nach Österreich zurückkehren konnte, ist jüngst nun die österreichische Staatsbürgerin und das langjährige Gewerkschaftsmitglied Mülkiye Laçın in die Fänge der türkischen Willkürjustiz geraten. Treffend bemerkte Max Zirngast bei seiner Ankunft in Österreich denn auch: „Ich bin frei, andere sind es noch nicht“. Und so, wie sich die 171. Vollversammlung der AK-Wien im Oktober 2018 mit ihm solidarisierte, gilt es heute für Kollegin Mülkiye Laçın aktiv zu werden.

Seit drei Monaten wird die österreichische Staatsbürgerin Mülkiye Laçın ohne Begründung in der Türkei festgehalten und mit einem Ausreiseverbot belegt.

Festnahme aus heiterem Himmel

Am 17. Juli wurde die Mutter von zwei Kindern, die seit mehr als 30 Jahren in Wien lebt und als Freizeitpädagogin arbeitet, während ihres Sommerurlaubs in ihrem Geburtsort aus heiterem Himmel festgenommen. Nach einer Leibesvisitation und mehreren Verhören ohne Rechtsbeistand, wurde sie über Nacht in eine Zelle gesperrt, ohne zu wissen, wie es mit ihr weitergeht. Nachdem ihr am nächsten Tag endlich ein Telefonat mit der österreichischen Botschaft gewährt wurde, wurde sie aus der Haft entlassen. Im Anschluss wurde ein Ausreiseverbot auf unbestimmte Zeit verhängt.

Willkürliche Vorwürfe ohne Anklage

Eine schriftliche Anklage oder konkrete Information über diese Maßnahmen liegen noch immer nicht vor. Während den Verhören wurde die Festnahme mittels willkürlicher Vorwürfe gerechtfertigt. Mülkiye Laçın wurde dabei vorgeworfen, dass sie am 1. Mai 2016 ihre Redefreiheit genutzt und auf die Missstände in den kurdischen Gebieten in der Türkei hingewiesen hat sowie dass sie kurdische Lieder auf Social Media geteilt und „Biji Newroz“ (kurdisch: „Hoch lebe das Neujahrsfest“) gepostet hat. Ein Akt, der in der Türkei schon als „terrorverdächtig“ eingestuft wird und trauriger Alltag für jene ist, die in politischer Opposition zur AKP Erdoğan's stehen.

Österreichische Behörden müssen sofort handeln

Dem österreichischen Außenministerium ist der Fall bekannt, jedoch hat auch das Ministerium bis dato keine offiziellen Informationen seitens der türkischen Behörden erhalten. „Wir fordern von den politisch Verantwortlichen in Österreich zu konsequentem und sofortigem Einsatz für die Freilassung von Mülkiye Laçın auf“, so das Solidaritätskomitee

„Free Mülkiye“ dazu. Das kürzlich gegründete Solidaritätskomitee setzt sich dafür ein, dass Mülkiye Laçın wieder in ihr normales Leben zurückkehren kann.

Laçın: „Ich will nach Hause“

Laçın ist Freizeitpädagogin an einer Wiener Volksschule und engagiert sich besonders für die Integration behinderter Kinder. Sie setzt sich für Frauen- und Menschenrechte ein. Darüber hinaus ist Laçın aktives Ensemblemitglied des Wiener Vorstadttheaters. Mülkiye Laçın selbst sagt zur aktuellen Situation: „Ich will wieder meinen Alltag haben. Ich will wieder zu meinem Job, zu den Kindern und zu meinen eigenen Kindern. Ich will nach Hause, nach Wien.“

Deshalb beschließt die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien:

- **Die AK Wien fordert die Bundesregierung und das Außenministerium nachdrücklich dazu auf, die Bemühungen um die Freilassung der österreichischen Staatsbürgerin und des langjährigen Gewerkschaftsmitglieds sowie Mitglieds der Wiener Arbeiterkammer Mülkiye Laçın umgehend zu intensivieren.**
- **Die AK Wien forciert auch ihrerseits die Öffentlichkeitsarbeit zu Kollegin Mülkiye Laçın und zu ähnlich gelagerten Fällen.**
- **Die AK Wien fordert die sofortige Ausreisemöglichkeit von Mülkiye Laçın nach Österreich.**

Angenommen

Zuw eisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

Antrag Nr. 2

**der Liste Kommunistische Gewerkschaftsinitiative International [KOMintern]
an die 173. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien am 12.11. 2019**

Workers for Future!

Wir befinden uns inmitten einer Klimakrise mit schwerwiegenden Folgen für alle gesellschaftlichen Felder. Entsprechend wird denn auch quer durch die politische gesellschaftliche Landschaft in einer neuen Intensität über den Klimawandel und Umweltprobleme debattiert. Verstärkt noch durch das Wirken eine vielschichtigen, neuen Klima- und Umweltbewegung – allen voran den Fridays for Future – steht die Frage und die soziale und ökologische Doppelkrise des kapitalistischen Systems unmittelbar auf der politischen Tagesordnung.

Demensprechend hat die AK Wien auch Klimadialoge veranstaltet und sich an der großen *Earth-Strike-Demonstration* am 27. September ebenso gut sichtbar beteiligt. Denn die Klima- und Gewerkschaftsbewegung haben gemeinsame Interessen: ökologische Nachhaltigkeit und ein gutes Leben für alle.

In diesem Kontext hat sich aus der Fridays for Future-Bewegung neben den „Scientists for Future“, den „Parents for Future“, den „Farmer for Future“ und weiteren, auch die Allianz „Workers for Future“ herausgebildet. Diese setzt sich aus an der Thematik besonders interessierten und engagierten Arbeitenden, GewerkschafterInnen, BetriebsrätInnen und AK- und ÖGB-KollegInnen mit den Ziel zusammen, neben der Jugend auch alle engagierten arbeitenden Menschen in die Lösung der Klimakrise mit einzubeziehen. Gemeinsam mit den Fridays for Future findet in diesem Zusammenhang mit dem ÖGB bereits ein regelmäßiger Austausch und Dialog im Rahmen gemeinsamer Aktiventreffen statt. Eine solche Plattform und Brückenschlag zu den AktivistInnen der Fridays for Future und Workers for Future gilt es auch auf AK-Ebene zu etablieren. Gerade auch in aktiver Einbeziehung der Experten und Expertinnen der Arbeiterkammer lässt sich ein produktiver Austausch starten, ließen sich wichtige Impulse setzen und kann es gelingen, diese immer wichtigere Frage noch stärker zu verankern und in der Fläche zu verbreitern.

Deshalb beschließt die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien:

- **Die AK Wien nimmt sich eine Durchsicht und Überprüfung aller Bildungsangebote in Hinblick auf Klima- und Umweltfragen vor.**
- **Die AK Wien tritt mit dem VÖGB (der gerade an einer diesbezüglichen, neuen Skripten-Reihe arbeitet) dahingehend in Kontakt, dass das Klima- und Umweltthema auch entsprechende Berücksichtigung in der Konzipierung der Gewerkschaftsschule, BRAK und SOZAK etc. erfährt.**

- Die AK Wien macht sich weiterhin und nochmals verstärkt für die Klimaprotestbewegung stark.
- Die AK Wien unterstützt das Bündnis klimaprotest.at.
- Die AK Wien forciert auch ihrerseits den Brückenschlag und regelmäßigen Austausch mit der Klimaprotest-Bewegung und der Allianz *Workers for Future*.
- Die „AK für Sie“ wird genutzt, um den Ansichten und Forderungen der Klimaprotest-Bewegung und der *Workers for Future* auch gegenüber den AK-Mitgliedern Gehör zu verschaffen.

Angenommen <input type="checkbox"/>	Zuw eisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrstimmig <input type="checkbox"/>
-------------------------------------	-------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------------------

Antrag Nr. 3

**der Liste Kommunistische Gewerkschaftsinitiative International [KOMintern]
an die 173. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien am 12.11. 2019**

**Mehr Geld für den Sozial- und
Gesundheitsbereich
statt Lohndumping, Ökonomisierung und KV-
Flucht!**

Vor wenigen Monaten wurde breiter öffentlich, dass die Caritas Wien einen Teil ihrer Beschäftigten in ein Tochterunternehmen auslagert, unter anderem mit der Folge einer massiv geringeren Bezahlung. Eine klassische KV-Flucht von einem Sozial-Kollektivvertrag hin zum Reinigungs-KV. Zurecht folgte ein Aufschrei von MitarbeiterInnen, der Basisinitiative „Sozial, aber nicht blöd“, dem Betriebsrat und der zuständige Gewerkschaft GPA-djp. Die Organisationen der Wiener Behindertenhilfe wiederum haben durch geringere Budgets in den letzten zwölf Jahren strukturell zehn Prozent ihrer Kosten einsparen müssen – mit massiven Auswirkungen für die Lebensbedingungen der betreuten Menschen und für die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten. Darauf aufmerksam gemacht wurde durch die Aktion #LebenNichtBehindern.

Dies sind nur zwei Beispiele, wie im Sozial- und Gesundheitsbereich, der zum überwiegenden Teil aus öffentlichen Geldern finanziert wird, Lohndumping und eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen betrieben wird.

Ob nun aus eigenem Antrieb oder auf Anweisung der Fördergeber – der private Sozial- und Gesundheitsbereich steht massiv unter Druck.

In einer der beschäftigungsstärksten Branchen Wiens regiert der Rotstift – zwar mit insgesamt mehr Geld ausgestattet, muss damit aber überproportional viel mehr an Leistung erbracht werden: durch mehr KlientInnen, eine Vergrößerung des jeweiligen Aufgabenbereichs, durch mehr Standorte etc.

„Daraus resultiert die in der Branche massiv voranschreitende „Verbetriebswirtschaftlichung“ bzw. Ökonomisierung der Arbeitsabläufe, welche dazu führt, dass Letztere immer weniger am Bedarf und den Bedürfnissen der zu Betreuenden ausgerichtet sind, sondern immer öfter an nackten Zahlen.“ (A&W-Blog 3.10.2019)

Die Folgen für die Beschäftigten: Eine in den letzten Jahren absurd hinaufgeschraubte Intensivierung der Arbeit, eine Zunahme von erzwungener Teilzeitarbeit (durch Einsparungen oder durch gesundheitliche Notwendigkeit, weil Vollzeit nicht mehr aushaltbar wäre), ein Anstieg von Burn-Out in der und Drop-Out aus der Branche.

Hier muss von der öffentlichen Hand gegengesteuert werden.

Deshalb beschließt die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien:

- **Die AK Wien fordert die Stadt Wien auf, die Budgets im Sozial- und Gesundheitsbereich auf den tatsächlichen Bedarf (personelle Anforderungen, prozentuelle KV-Erhöhungen, ...) auszurichten und zu erhöhen.**
- **Die AK Wien setzt sich verstärkt für sinnvolle Personalschlüssel nicht nur in der Pflege, sondern auch in anderen Bereichen sozialer Arbeit, Bildung und Betreuung ein.**
- **Die AK Wien unterstützt die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung auf eine 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn und Personalausgleich in allen Sozial-Kollektivverträgen, fordert die Gemeinde Wien auf, die notwendigen finanziellen Mittel ab 2020 dafür zur Verfügung zu stellen und macht sich mit aller Kraft auf allen Ebenen dafür stark.**

Angenommen

Zuw eisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

Antrag Nr. 4

**der Liste Kommunistische Gewerkschaftsinitiative International [KOMintern]
an die 173. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien am 12.11. 2019**

Der Klimawandel & die sozial-ökologische Doppelkrise

Landauf, landab wird in einer neuen Eindringlichkeit über den Klimawandel und Umweltprobleme debattiert.

Und zweifelsohne, der Kampf gegen die Klimakrise bedarf eines tiefgreifenden, radikalen Umbaus unseres gesamten Wirtschaftssystems, einschließlich der fundamentalen Umstellung der energetischen Grundlagen, einer grundlegenden Mobilitätswende und einer öko-sozialen Neugestaltung der gesamten gesellschaftlichen Infra- bis Wohnstruktur.

Zugleich müssen die CO₂ Emissionen bis 2030 halbiert werden, ansonsten fallen Strafzahlungen zwischen 6 – 10 Mrd. Euro an. Dazu gibt es bis dato allerdings noch keinen Plan. Zu Recht stellte die Arbeiterkammer im Zuge des AK-Klimadialogs hierzu grundsätzlich fest: „Wir müssen in den Klimaschutz investieren, statt Strafzahlungen zu riskieren.“

Um aber dafür Sorge zu tragen, dass die Beschäftigten in diesem unumgänglichen Umbau nicht unter die Räder kommen, bedarf es unter gewerkschaftlicher Perspektive freilich eines unaufkündbaren Gleichgewichts aus Ökologie und Sozialem. Jeder Versuch, die tiefe, ineinander verwobene Einheit der ökologischen und sozialen Frage auseinanderzureißen, sich nur auf eine Seite von beidem zu stellen oder sie gar gegeneinander auszuspielen, führt in die falsche Richtung.

Hinzu gesellen sich ökonomisch noch der „normale“ zyklische, krisenhafte Verlauf kapitalistischen Wirtschaftens, sowie die zeitlich länger gestreckten Wellen des Aufstiegs und Niedergangs von Industriebereichen bzw. Branchen und deren jeweilige Strukturkrisen. Darüber hinaus stehen heute mit der „Industrie 4.0“ genannten Digitalisierung zudem noch zusätzliche Umbrüche und Strukturverschiebungen in der Arbeitswelt vor uns.

Wege aus der Zangenkrise

Dieser sozial-ökologischen Doppel- oder Zangenkrise können Gewerkschaften und AK daher auch nur in einer entsprechenden eigenständigen Strategiebildung gerecht werden, die sowohl ihre Schutzfunktion wie ihre politische Gestaltungsfunktion in diesem Transformationskonflikt aktiv zur Geltung bringt. Das aber verlangt, in seiner gesamten Tragweite betrachtet, nach umfassenden, eigenen, zukunftsweisenden Konzepten der wirtschaftlichen, ökologischen und verteilungspolitischen Umstrukturierung und gesellschaftlichen Umwälzung. Konservative, rein bewahrende gewerkschaftspolitische Positionen in Industrie- und Wirtschaftspolitik hingegen, werden der Komplexität nicht gerecht. Es geht vielmehr um nötige Konversionen (Umstellung auf alternative Produkte und Produktionen) bis hin zu Fragen der gesellschaftlichen Entscheidung und Verfügung über unsere Lebensbedingungen, die Produktions- und Investitionspolitik, sowie der gesamten Produktionsweise.

Allerdings hinken AK und ÖGB, trotz zunehmender allgemeiner Einsicht in die Bedeutungsschwere der Frage sowie wegweisender Expertisen und Ansätze im Einzelnen, diesen Anforderungen insgesamt noch weit hinterher. Ja, schon die naheliegendste Sofortantwort auf diese Krise(n), nämlich eine radikale Arbeitszeitverkürzung, harrt bisher der Durchsetzung. Und während Gewerkschaften anderer Länder, allem voran des globalen Südens, die sozial-ökologische Doppelherausforderung der Zeit bereits zum Programm erhoben haben, fristen ökologische Fragen und die Klimapolitik als Feld des Gewerkschaftskampfs hierzulande noch ein – zudem widersprüchliches und uneindeutiges – Schattendasein.

Beispiel CO₂-Steuer

Natürlich sind (Lenkungs-)Steuern auf Treibhausgas-Emissionen ein Beitrag zur Klimapolitik. Die bisherigen (Haupt-)Konzeptionen einer CO₂-Steuer als allgemeiner Steuer, die alle formal gleich trifft, würde aber vor allem die Armen, einfachen Arbeiterhaushalte und die breite Bevölkerungsmehrheit treffen, während sie von den Reichen leicht aus der Portokasse beglichen werden kann. In dieser Form würde sie also die ohnehin bereits immer stärker auseinanderklaffende Einkommensverteilung weiter verschärfen. Zudem nimmt sie die eigentlichen, wirtschaftlichen Verursacher der Klimakrise dabei kaum ins Visier. Ein solcher Ansatz wäre daher auch ein falscher Weg. Allerdings ließen sich derartige verteilungspolitisch inakzeptable Wirkungen durch feinere, differenziertere steuerpolitische Ausgestaltungen auch vermeiden bzw. korrigieren. Gewerkschaften und AK sind somit dringend aufgefordert, eigenständige und sozial tragfähige Ökosteuer-Konzeptionen auszuarbeiten, in die Debatte einzubringen und um deren Durchsetzung zu kämpfen. Und gleichzeitig muss es gesellschaftlich noch viel weitergehen: Schweden bspw. hat bereits seit 1991 eine CO₂-Steuer. Wie Analysen der OECD allerdings zeigen, führt diese jedoch lediglich zu einer Emissionsreduktion von 3%. Das zeigt auf: Einzig über marktkonforme Lenkungsinstrumente und eine marktwirtschaftliche Regulierung auf Boden des „Spiels der Preise“, ist dem Klimawandel nicht beizukommen. Dafür braucht es schon eine radikalere Orientierung, die auch vor den Gesetzen des Marktes nicht Halt macht, sondern vielmehr die notwendigen Brüche mit marktwirtschaftlichen Regeln vollzieht. Denn ohne massive (staatliche) Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen resp. gesellschaftliche Planung, wird sich das menschliche Naturverhältnis nicht ins Lot bringen lassen. Ökologische wie soziale Nachhaltigkeit und kapitalistische Profitlogik schließen sich dagegen gegenseitig aus.

Gesamtkonzept, konsolidierte Forderungen und die nötige Konfliktbereitschaft

Das aber heißt: Anstatt Orientierungen auf einen „grün“ lackierten, „sozialpartnerschaftlichen“ Krisenkorporatismus mit den wirtschaftlichen und politischen Vertretern der kapitalistischen Profitlogik, gilt es demgegenüber die ökologischen Herausforderungen auch als grundlegende gesellschaftsverändernde Chance zu begreifen. Dazu braucht es gleichzeitig einen ernsthaften Brückenschlag zu den unterschiedlichsten Bewegungen und vielfältigen Protesten gegen die Klimakrise!

Sowie ein eigenes Gesamtkonzept des notwendigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturwandels, das den grundlegenden Umbau unserer Wirtschafts- und Lebensweise mit einem unabdingbaren, durchgearbeiteten Sofortprogramm im Einzelnen verknüpft. Um aus der Palette der damit im Zusammenhang stehenden Problemfelder im Land nur einige beispielhaft zu nennen: 800.000 Ölheizungen müssen ersetzt werden, die Güter dringend auf die Schiene gezwungen werden. Parallel dazu stellt sich die Frage nach einer Klimamaut für LKWs. Es bedarf eines klimagerechten Hochbaus, u.a. mit Holz statt Beton, Außenrolllos, Beschattungen, Fassaden- und Dachbegrünungen etc., die bis hinein zu Fragen einer entsprechenden Anpassung der Bauordnung reichen. Gleichzeitig braucht es den massiven Ausbau leistbarer Öffis und eine ökologische, thermische Offensive im Wohnsektor sowie in der Industrie in Richtung klimaneutraler Geothermie und Solarthermie. Zugleich ist eine

Ökostromoffensive vonnöten, inklusive des Ausbaus der Biogasproduktion (Biomüll, Biomasse aus der Forst- und Landwirtschaft etc.) – hinsichtlich derer etwa auch ‚Wien Energie‘ auf qualitativ neue Weise gefordert ist.

Zu vielen dieser Punkte und weiteren Fragen existieren verstreut über die Landes-Arbeiterkammern, die Bundesarbeitskammer, den ÖGB und den unterschiedlichen Fachgewerkschaften auch einzelne Forderungsprogramme und Expertisen. Allerdings ermangelt es AK und ÖGB nach wie vor noch konsolidierter Positionen und eines umfassenden, eigenen, zukunftsweisenden Gesamtkonzepts der wirtschaftlichen, ökologischen und verteilungspolitischen Umstrukturierung und des gesellschaftlichen Umbaus – sowie der dafür nötigen gewerkschaftlichen Konfliktbereitschaft, bis hin zur Fragen der gesellschaftlichen Entscheidung und Verfügung über unsere Lebensbedingungen.

Deshalb beschließt die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien:

- **Die AK Wien setzt sich das Ziel, in der Bundesarbeitskammer und in Kooperation mit den anderen Länderkammern, sowie mit ÖGB und den Fachgewerkschaften ein sozial-ökologisches Gesamtkonzept für Österreich aus ArbeitnehmerInnen-Perspektive zu erarbeiten.**
- **Die AK Wien leiste Aufklärungsarbeit unter ihren Mitgliedern, dass der sozial-ökologischen Doppelkrise nur auf Boden der dafür notwendigen, gewerkschaftlichen Konfliktbereitschaft beizukommen ist.**
- **Die AK Wien wirft in diesem Zusammenhang auch die Frage der Verfügung über unsere Lebensbedingungen und der Eigentumsverhältnisse auf.**

Angenommen

Zuw eisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

Antrag Nr. 5

**der Liste Kommunistische Gewerkschaftsinitiative International [KOMintern]
an die 173. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien am 12.11. 2019**

Stopp der Gewalt gegen Frauen!

Frauen erfahren oft in mehrfacher Weise Berufs- und Lohndiskriminierung, wirtschaftliche Abhängigkeit vom Mann, Mehrfachbelastung im Reproduktionsbereich (z.B. Hausarbeit, Familie), Sexismus am Arbeitsplatz u.v.m. Frauen stellen zudem das Gros der geringfügig Beschäftigten, der Geringverdienenden, im Niedriglohnsektor und der „working poor“ - also derjenigen, die arm sind, obwohl sie Erwerbsarbeit leisten. Nochmals härter trifft all dies Kolleginnen mit Migrationshintergrund.

Für die Gleichstellung und Befreiung der Frau muss der Kampf um die gesellschaftliche Durchsetzung der Gleichheit weitergeführt werden, sprich: zur Überwindung der Lohn- und Berufs- sowie migrantischen Diskriminierung, Geschlechterstereotypen, Doppelbelastung und aller sozial-ökonomischen Benachteiligungen und Ausgrenzungen!

In zwei Wochen, am 25. November, findet der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen statt. Er steht im Zeichen des weltweiten Kampfs gegen Diskriminierung und Gewalt jeder Form gegen Frauen und Mädchen.

Vom Feminizid der Mörderbanden des „IS“, über Massenvergewaltigungen in Indien, die (Genital-)Verstümmelungen in anderen Regionen, massenhaften Verschleppungen und Zwangsverheiratungen, Verkauf als Sexsklavinnen, absichtlichen Schändungen, über den allorts grassierenden Frauenhandel, zu den Misshandlungen, häuslichen Gewaltexzessen und Vergewaltigungen in Österreich zieht sich diese Gewalt.

Mit „#MeToo“ rückte dabei zugleich auch die „gesellschaftliche Mitte“ und das den Alltag bestimmende, „westliche“ patriarchale System wieder stärker in den Fokus. Jede dritte Frau EU-Europas erleidet so seit dem 15. Lebensjahr körperliche bzw. sexuelle Gewalt. Und die Dunkelziffer von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz, Misshandlungen und Gewalt ragen noch um vieles über die offiziell benannten 62 Mio. Frauen in der EU hinaus.

Noch unberücksichtigt sind dabei die versteckteren Formen körperlicher, sexueller und psychischer Übergriffe in Partnerschaften, Familien, diversen gesellschaftlichen Bereichen und des Staates.

Deshalb beschließt die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien:

- **Die AK Wien unterstützt die frauenpolitischen Aktivitäten in Wien rund um den „Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen“ am 25. November, der jährlich als Gedenk- und Aktionstag zur Bekämpfung von Diskriminierung und Gewalt jeder Form gegenüber Frauen und Mädchen stattfindet.**

- Die AK Wien setzt sich gegenüber der kommenden Bundesregierung verstärkt für wirksame Gesetze gegen Sexismus, geschlechter- und herkunftsspezifische Diskriminierung & Unterdrückung im Alltag und in der Arbeitswelt ein.
- Insbesondere fordert die AK Wien von Bund sowie von Land/Gemeinde Wien die ausreichende Finanzierung von Interventionsstellen, Hilfs- und Beratungseinrichtungen und Frauenhäusern.

Angenommen

Zurückweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

Antrag Nr. 6

der Liste Kommunistische Gewerkschaftsinitiative International [KOMintern]
an die 173. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien am 12.11. 2019

Nein zum Krieg – Ja zu Rüstungskonversion – Für einen gerechten Frieden!

Der völkerrechtswidrige türkische Angriffskrieg gegen das kurdisch-multiethnische Selbstverwaltungs-Projekt Rojava resp. Nord-Syrien führt uns zugleich einmal mehr die Problematik der Rüstungsindustrie vor Augen.

Als Symbol der mörderischen Profitlogik der Waffen- und Militärindustrie sowie des schmutzigen Waffenhandels mit der Türkei im deutschsprachigen Raum gilt dabei zu Recht der größte deutsche Rüstungskonzern Rheinmetall, der weltweit in zahllose Schweinereien verwickelt ist und auch in Wien-Liesing einen Produktionsstandort für Militärequipment unterhält.

Schon als das türkische Erdoğan-Regime vor eineinhalb Jahren gegen Afrin in der Demokratischen Föderation Nord- und Ostsyrien in den Krieg zog und in Nord-Syrien einmarschierte, geschah dies u.a. mit Panzern, für die Rheinmetall die Kanonenrohre lieferte.

Und auch das jetzige Waffenarsenal des „neuen Sultans vom Bosphorus“ in seinem Angriffs- und Vernichtungskrieg gegen das kurdische Emanzipations-Projekt, stammt vielfach aus der Waffenschmiede Rheinmetalls.

Aber es ist natürlich nicht dieser Konzern allein. Auch in der Öffentlichkeit weniger im Licht stehende österreichische Konzerne wie STEYR, GLOCK, SCHIEBL, SWAROVSKI etc. oder auch ANDRITZ verdienen am Krieg. ANDRITZ vor allem durch die medial kaum beachteten Lieferungen der Turbinen für die Staudämme, deren sich das AKP/MHP-Regime in seiner Wasserpolitik als gezielte Waffen bedient.

Denn neben den militärischen Angriffen und Interventionen, den ständigen Drohungen und einem totalen wirtschaftlichen Embargo, bedient sich die Türkei auch der Staudämme als systematischer Waffe. Aufgrund der massiven Wasserentnahme sowie aus politischem Kalkül gegen das unliebsame Selbstverwaltungs-Projekt an seiner Grenze gibt es einen dramatischen Rückgang der Wassermengen der nach Rojava/Nord-Syrien fließenden Flüsse – allem voran der beiden für die Region zentralen Flüsse Euphrat und Xabur – und ein stetes Absinken des Grundwasserspiegels. Die türkische Wasserpolitik führte und führt über die dadurch verursachten schweren landwirtschaftlichen Nutzungsprobleme in den ohnedies schon von Dürren geplagten Gebieten aber auch zu einer bedrohlichen Trinkwasserverknappung. Parallel dazu und die Lage zusätzlich verschärfend, haben die von der Türkei nachweislich vielfach unterstützten Mörderbanden des IS auf ihren Rückzügen systematisch Brunnen in der Region vergiftet, zahlreiche Lebensadern und riesige Mengen an Öl in Brand gesteckt, sowie zahllose Wasserzuflüsse verschlossen. Ein Umstand und Gesamtkontext der türkischen Staudamm- und Wasserpolitik, der für das ANDRITZER-Geschäft am Krieg geflissentlich ausgeblendet wird.

Diese Verstrickungen – allem voran der Rüstungskonzerne – in den Vernichtungsfeldzug der Türkei, sind kein Zufall, sondern hängen strukturell mit der Produktion von Waffen und Militärequipment zusammen.

Auch wenn Militärinterventionen und Kriege nicht schon in einem Selbstlauf aus der Rüstungsproduktion erwachsen, sind beide doch strukturell und unauflöslich miteinander verzahnt.

Der „Krieg“ ist einer berühmten Definition Carl von Clausewitz‘ nach „die Fortsetzung der Politik mit den Mitteln der Gewalt“. Er wird bewusst geführt, d.h. geplant und vorbereitet. Und dem liegen handfeste Herrschafts- und Macht- sowie politische, ökonomische oder auch geo- bzw. regionalpolitische Interessen zugrunde. Aber hierfür muss zugleich eine Armee unterhalten, ausgebildet und eben auch aus- und hochgerüstet werden.

Für eine emanzipatorische Entwicklungs- und Friedensperspektive bedarf es folglich neben einer tiefgreifenden Veränderung der herrschenden Verhältnisse auch der systematischen Rüstungskonversion, also der Umstellung auf alternative Produkte und Produktion. Daher gilt es auch mit allem Nachdruck zu fordern: Die Rüstungsindustrie muss vollständig demilitarisiert und auf zivile Produktion umgestellt werden.

Dieser notwendige Schritt zu einer nachhaltigen Konversion der Produktion wiederum, beschränkt sich auch nicht „nur“ auf die Rüstungsbranche, sondern ist um der Lebensinteressen der Menschheit freilich ebenso auch unter ökologischen Aspekten (Stichwort: Klimakrise) unabdingbar.

Aber natürlich braucht es in diesem notwendigen Transformationskonflikt unter gewerkschaftlichem Blickwinkel Konzepte, die gleichzeitig den Arbeits- und Lebensinteressen der Beschäftigten Rechnung tragen und nicht deren soziale Bedürfnisse nach Lohn, Brot und Arbeit gegen die notwendigen, fundamentalen Umstellungen der Produktionsweise ausspielen.

Und etwa gerade der Rheinmetall-Ableger MAN, früher ziviler Ausstatter des öffentlichen Verkehrswesens mit Bussen, weist diesbezüglich sogar eine ehemals jahrzehntelange alternative Produktionsgeschichte auf.

Das unmittelbare Gebot der Stunde, besteht allerdings im sofortigen Stopp aller kriegsrelevanten Lieferungen.

Deshalb beschließt die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien:

- **Die AK Wien fordert ein sofortiges, europaweites Waffenembargo gegen die Türkei und den umgehenden Stopp der Auslieferung von Waffen und sämtlichem Militärequipment.**
- **Die AK Wien fordert eine Einstellung der milliardenschweren EU-Finanzierungen des türkischen Regimes und eine gleichzeitige Evaluierung sämtlicher staatlicher Exportgarantien und Bundeshaftungen Österreichs im Rahmen des Ausfuhrförderungsgesetzes auf ihren offene oder versteckte kriegsrelevante Verstrickung.**
- **Die AK Wien spricht sich für eine nachhaltige Rüstungskonversion, Demilitarisierung der Produktion und Umstellung auf zivile Produkte aus.**
- **Die AK Wien fordert den sofortigen Rückzug der türkischen Armee und ihrer dschihadistischen Kampfverbände aus Syrien (inkl. einer Schließung des**

Luftraums resp. Flugverbotszone für die Türkei) und setzt sich für eine friedliche Lösung ein.

- **Die AK Wien fordert auf Boden der österreichischen Neutralität darüber hinaus eine internationale Untersuchung der begangenen Kriegsverbrechen und des Einsatzes unerlaubter und geächteter Kampfmittel.**

Angenommen

Zuw eisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimig